

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Der Stand der Arbeitsbeschaffung.

Der Wohnungsbau stockt.

Das Reichsarbeitsministerium macht über den Stand der Arbeitsbeschaffung folgende Mitteilungen:

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium und der Reichsbahn sind zum Abschluß geführt. Der Ausbau der Bahnen, für den bekanntlich 54 Millionen vorgesehen sind, wird noch in diesem Jahr in Angriff genommen. Die Aufträge, die von der Reichsbahn an die Industrie vergeben werden sollen, sind von den ursprünglich vorgesehenen 100 Millionen auf 120 Millionen erhöht worden. Von diesen 120 Millionen werden der Reichsbahn 100 Millionen vom Reich als Darlehn gewährt. Eingeschlossen in den Betrag von 120 Millionen ist auch die erste Rate für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn (40 Millionen).

Auch für den Ausbau der Wasserstraßen sind in den letzten Wochen Erfolge zu verzeichnen. Die Verträge zwischen dem Reich und den Ländern werden in den nächsten Wochen unterzeichnet, so daß noch im Herbst, besonders in den Gebieten mit starker Arbeitslosigkeit, wie Braunschweig und Magdeburg, die Bauten in Angriff genommen werden können. Finanzielle Hindernisse bestehen zunächst nicht, da dem Reich für die vorgesehne Arbeiten ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Wenn die Anleihe für den Bau der Wasserstraßen aufgelegt werden wird, ist ausschließlich von Erwägungen über die Geldmarktverhältnisse abhängig.

Die Verhandlungen über den Bau von Landarbeiterwohnungen zwischen Preußen und dem Reich haben zu dem Ergebnis geführt, daß etwa 12 000 Wohnungen gebaut werden können, in denen 25 000 deutsche Landarbeiter unterzubringen wären, wodurch die eben so große Zahl von polnischen Arbeitern entbehrlich wird.

In der Frage des Wohnungsbaues sind die Verhandlungen mit den Ländern noch nicht zum Abschluß gekommen, da für die Finanzierung Schwierigkeiten bestehen. Das Arbeitsministerium hofft aber, daß die Verhandlungen dennoch in naher Zeit zu einem günstigen Abschluß führen werden.

Die produktive Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden hofft das Reich in der nächsten Zeit noch dadurch fördern zu können, daß die Bedingungen für die Darlehen an die Kommunen vom Reich und den Ländern erleichtert werden. Das Reichsarbeitsministerium erhofft von diesen Maßnahmen für den kommenden Herbst eine fühlbare Ausdehnung der Notstandsarbeiten.

Danzigs Finanzkrise.

Zwangsanierung durch den Völkerbund.

Dem Völkerbund fällt wieder einmal die Aufgabe zu, die Finanzen eines europäischen Staates zu sanieren. Es handelt sich in diesem Fall um die Freie Stadt Danzig, deren Staatsfinanzen seit einigen Monaten ein immer größer werdendes Defizit aufweisen.

Durch den Versailler Vertrag wurde Danzig dem polnischen Zollgebiet einverleibt, behielt aber im übrigen seine eigene Verwaltung. Die wirtschaftliche Bertoppelung mit Polen brachte Danzig während der Inflationszeit in Deutschland und Polen einen gewissen Aufschwung. Eine Reihe von deutschen Industrieunternehmen errichteten in Danzig Filialen in der Hoffnung, im polnischen Hinterland ein gutes Absatzgebiet für ihre Produkte zu finden. Durch den Niedergang der polnischen Währung haben sich diese Hoffnungen jedoch zerflagen und die meisten deutschen Industrien sind bereits wieder von Danzig abgewandert.

Dadurch ist die Arbeitslosigkeit ganz bedeutend gestiegen, trotzdem im Danziger Hafen augenblicklich ein überaus reger Schiffsverkehr herrscht, so daß an manchem Tage eine Anzahl Schiffe auf der Reede liegen bleiben, weil in den großen Hafenanlagen Danzigs kein freier Anlegeplatz vorhanden ist. Bei diesem Schiffsverkehr handelt es sich in der Hauptsache um die Ausfuhr von Holz und Kohle aus Polen, besonders nach England. Die menschliche Arbeitskraft ist aber durch die modernen maschinellen Einrichtungen besonders bei der Verladung von Kohlen fast überflüssig geworden, so daß bei dem Kohlenumschlag auf mehreren Dutzend Dampfern täglich nur etwa 200 Mann Beschäftigung finden.

Aber nicht nur in Handel und Industrie herrscht große Arbeitslosigkeit, sondern auch auf dem Lande. Der frühere deutschnationale Senat hatte mit Polen ein Abkommen geschlossen, durch welches die polnischen Saisonarbeiter ungehindert in Danzig Einlass finden. Infolge dieser deutschnationalen Politik ist es nun dahin gekommen, daß tausende polnische Saisonarbeiter auf dem Lande Beschäftigung gefunden haben, während ebensowiese deutsche danziger Landarbeiter brotlos sind. Insgesamt wurden in der Freien Stadt Danzig im Juni 15 000 Erwerbslose gezählt. In den Wintermonaten betrug die Zahl sogar über 20 000. Für den kleinen Staat mit 360 000 Einwohnern bedeutet diese hohe Arbeitslosenzahl sicherlich eine schwere Last.

Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise hat sich in Danzig in den letzten Monaten auch mehr und mehr ein Defizit in den Staatsfinanzen eingestellt. Der letzte Etat Danzigs balancierte mit 117 Millionen Gulden (1 Gulden gleich 80 Reichsmarkpfennig). In den letzten Monaten sind nun die Einnahmen Danzigs durch seine zollpolitische Verbindung mit Polen bedeutend zurückgegangen.

Durch den Versailler Vertrag wurde Danzig bekanntlich zur Freien Stadt erhoben, um für Polen ungehindert als Ein- und Ausfuhrhafen wirken zu können. Tatsächlich geht ein wesentlicher Teil der polnischen Ein- und Ausfuhr über Danzig. In einem Staatsvertrag wurde seinerzeit festgelegt, daß Danzig von den Zolleinnahmen, die durch die Danziger Zollverwaltung im Gebiet der Freien Stadt erhoben werden, einen Anteil von 7 1/2 Proz. erhält. Das ergab im Jahre 1924 für Danzig eine Einnahme von 18 Millionen Gulden.

Infolge der Einschränkung der Einfuhr durch die polnische Regierung und des Klein-Sturzes sind nun etwa seit Jahresfrist die Zolleinnahmen Danzigs ganz gewaltig zurückgegangen. Sie betragen 1925 nur noch 9 Millionen und in den ersten drei Monaten dieses Jahres nur noch 450 000 Gulden. Dieser Ausfall von Zolleinnahmen hat sich im Danziger Staatshaushalt schon jetzt dahin ausgewirkt, daß für dieses Jahr mit einem Defizit von mindestens 10 Millionen gerechnet wird. Die Koalitionsregierung in Danzig, die aus Sozialdemokraten, Liberalen und Zentrumspartheilern besteht, verfuhrte durch Schaffung eines Tabakmonopols und durch Sparmaßnahmen in der Verwaltung das Defizit zu verkleinern, ohne es dadurch beseitigen zu können.

Im Einverständnis mit dem Senat und dem Kommissar des Völkerbundes hat sich in diesen Tagen nunmehr der Finanzausschuß des Völkerbundes in einer Sitzung in London, an der als Vertreter der Danziger Regierung der Bizepräsident des Senats, Genosse Gehl, teilnahm, mit der notwendigen Sanierung der Danziger Staatsfinanzen beschäftigt. Er hat einen Bericht an den Völkerbundsrat abgehen lassen, in welchem empfohlen wird, daß Polen in den nächsten zwei Jahren dem Freistaat Danzig in stabiler Danziger Währung ein Äquivalent für den Ausfall an polnischen Zolleinnahmen gewähren soll. Darüber hinaus wird Danzig empfohlen, seine Verwaltung zu verbilligen, die zu hohen Beamtengehälter abzubauen und vor allen Dingen nicht höhere Gehälter zu zahlen als das Deutsche Reich.

Die Vorschläge des Finanzausschusses werden von der Danziger Sozialdemokratie im allgemeinen begrüßt; insbesondere scheidet es sich um die Verbilligung der Verwaltung handelt. Der frühere deutschnationale Senat hatte nämlich in Danzig einen übergroßen Beamtenapparat aufgezogen und hier alle seine Parteianhänger in gesicherten Stellungen untergebracht. So kam es, daß das kleine Danzig zum Bei-

Deutschnationale Erfüllungspolitik.

Deutschland und der Frankenturs.

Es ist interessant zu beobachten, wie unsere deutschen Reaktionäre ihren Mantel nach dem Winde hängen, wenn unter dem Druck ökonomischer Tatsachen die Außenpolitik zu verantwortlichen Schritten gezwungen wird. Die Berliner Börsenzeitung, die sonst in ihrer Politik entsprechend den Wünschen kleiner, deutschnational und völkisch eingestellter Industriegruppen, dauernd für Diktatur, Heeresrüstungen, Kampf gegen den „Marxismus“ und gegen die Erfüllungspolitik schwärmt, bekennt sich jetzt, unter dem Eindruck des Frankenturzes, auf einmal zu einer Politik der Außenpolitik, die den Willen zur Tragung der Reparationslasten im Rahmen des Möglichen voraussetzt. Sie schreibt in einem politischen Leitartikel, dessen Verfasser ihr Handelsredakteur Walthar Funk ist, wörtlich das folgende:

Die Art und Weise, wie Poincaré bisher vorgegangen ist, läßt darauf schließen, daß er für die Durchführung seiner endgültigen Pläne noch eine besondere Reserve im Hintergrunde hält. Es liegt auf der Hand, daß diese Reserve in einer Verquickung der französischen Währungsanierung mit dem deutschen Reparationsproblem vorhanden ist. Das braucht natürlich für Deutschland nicht ungünstig zu sein. Aber schon die Tatsache, daß der Präsident des Krieges, der Mann der Ruhrbesetzung, die Währungsanierung in Frankreich durchführt, sollte in dieser Hinsicht zur Vorsicht mahnen. Darüber hinaus aber bietet sich bei diesen Problemen für Deutschland die Gelegenheit einer Regelung des Reparationsproblems, die endlich das deutsche Volk von der Last des Ungewissen und von dem Druck des Untragbaren befreien kann. Da von offizieller deutscher Seite, soweit man sehen kann, nach dieser Richtung nichts unternommen wird, ist die eindringliche Mahnung am Plage, daß von uns aus die Initiative ergriffen wird. Die Bestrebungen, über die deutschen Reparationsleistungen eine Sanierungsanleihe für Frankreich zu finanzieren, sind nicht neu. Es ist jetzt der geeignete Augenblick, daß zu diesen Plänen von offizieller deutscher Seite Stellung genommen wird und daß von deutscher Seite detaillierte Vorschläge gemacht werden, die im deutschen Interesse liegen. Im anderen Falle steht zu befürchten, daß wir eines Tages von den Alliierten wieder einmal vor eine vollendete Tatsache gestellt werden, die uns neue Belastungen bringt und den Weg für eine für Deutschland ersprießliche Regelung des Reparationsproblems und der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Richtung einer Gesundung der europäischen Produktionsstätten und Absatzmärkte verschließt.

Das sind Gedankengänge, wie sie in anderer Form auch von uns wiederholt vertreten wurden. Sie setzen voraus, daß man die Reparationsfrage nicht sabotiert, sondern positiv an ihr mitzuarbeiten gewillt ist. Denn mit einem deutschen Wechsel den die deutschen Schuldner selbst für faul erklären — wie sie das bisher gegenüber dem mit deutschnationaler Hilfe angenommenen Dawes-Plan tun, wird dem Frankentur wenig geholfen sein. Man muß dann schon ernsthaft daran arbeiten, die notwendigen Steuerbeiträge herauszuwickeln, man wird auf militaristische Spielereien und auf Fuschpropaganda verzichten müssen, wenn man weiter kommen will.

Auf allen diesen Gebieten haben die Deutschnationalen sich ausgiebig als Quertreiber und Demagogen betätigt. Wir glauben nicht, daß die mahnende Stimme eines einzelnen, die überdies in schroffem Widerspruch zu der übrigen Haltung des Börsenblattchens steht, hier eine Einkehr bewirken wird. Dennoch ist diese Mahnung festzuhalten, weil sie schlaglichtartig die inneren Widersprüche der Reparationspolitik unserer Reaktionäre aufhebt.

Das Kartell in Lyon gekündigt.

Die sozialistische Bezirksorganisation verlor das Vertrauen zu den Radikalen. — Herriot vor dem Rücktritt?

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Bezirksorganisation des Departement Rhone (Lyon) hat in einer langen Entschliessung ihr bisheriges Zusammenarbeiten mit der radikalen und radikal-sozialistischen Partei in Lyon gekündigt. Sie begründet ihren Schritt mit dem Hinweis darauf, daß die radikale Partei keinen der am 11. Mai 1924 in das Kartell der Einparteien aufgenommenen Programmpunkte eingehalten habe; daß sie im Gegenteil mit einem außerordentlichen „Leichtsin“ nacheinander die widersprechendsten Finanzsysteme angenommen und abgelehnt habe, daß sie sich in der Kammer mit den Parteien der Reaktion verbinde, so daß unter diesen Umständen die sozialistische Partei nicht weiter mit den Radikalen hand in Hand arbeiten könne. Man glaubt, daß durch dieses Vorgehen der Sozialisten in Lyon der Bürgermeisterversuch von Herriot gefährdet ist. Die Sozialisten haben in Lyon die Mehrheit im Stadtrat. Sie sind entschlossen, in kurzem die Frage der Neubewegung des Bürgermeisterversuchs vor den Stadtrat zu bringen, den Rücktritt Herriots zu verlangen und ihn durch einen sozialistischen Bürgermeister zu ersetzen.

Poincarés Finanzvorschläge vor dem Ausschuss.

Paris, den 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission hat die Prüfung der Finanzentwürfe Poincarés bis in die Nacht hinein fortgesetzt, aber sie entgegen aller Erwartungen noch nicht verabschiedet. Es hat sich im Schoß der Kommission eine große unerwartete Opposition gegen gewisse Artikel der Entwürfe geltend gemacht, besonders gegen die Warenumsatzsteuern und die allgemeine Erhöhung der Eisenbahntarife. Die beiden sozialistischen Gegenentwürfe, der Entwurf von Leon Blum und der von Prof. Antonelli sind von der Kommission mit 10:10 Stimmen abgelehnt worden. Da die Kommission 44 Mitglieder zählt, haben sich die meisten bei dieser Abstimmung enthalten. Dieses Abstimmungsergebnis hat bei der Regierung einen wenig angenehmen Eindruck gemacht. Die Ausführungen Poincarés vor der Kommission dauerten 3 Stunden. Er betonte ausdrücklich, die Regierung habe keine anderen Mittel an der Hand, der Finanzlage zu begegnen, als durch Inflation Konsolidierung der Nationalbonds und Schahscheine und durch neue Steuern. Sie habe absichtlich diese Mittel gewählt und sei entschlossen, über die Annahme jedes einzelnen Artikels ihres Entwurfes im Plenum der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen. Im übrigen bedeute die gegenwärtige Finanzvorlage nur einen Anfang, die Regierung bereite einen allgemeinen Sanierungsentwurf vor, der jedoch mit der größten Diskretion behandelt werden müsse, damit sich die Spekulation nicht seiner bemächtige. Poincaré erklärte, die Regierung habe nichts dagegen einzuwenden, wenn die Finanzkommission die Erhöhung der parlamentarischen Diäten in die Finanzvorlage ausnehme. Die Kommission hat dann die Mehrzahl der 24 Artikel des Entwurfes angenommen, aber etwa 8 zurückgestellt. Sie tritt am Donnerstag vormittag von neuem zusammen, um die gesamte Vorlage zu verabschieden. Man glaubt nicht, daß bei der Endabstimmung in der Kommission die Vorlage ernstlich in Frage gestellt wird. Die Beratung im Plenum der Kammer wird voraussichtlich am Freitag beginnen.

Mathilde Rathenau gestorben. Gestern nacht ist ohne vorangegangene Krankheit Frau Geheimrat Rathenau, die Mutter Walter Rathenaus, auf ihrem Schloß Freienwalde im Alter von 82 Jahren gestorben. Ihre letzte Arbeit war die Ordnung und Herausgabe des Nachlasses ihres ermordeten Sohnes.

Der Volksentscheid in Spanien über die Diktatur soll am 12. September stattfinden.

spiel eine zahlenmäßig stärkere Zollbeamtenstaffel hatte, als das weit größere Norwegen!

Seitdem die Sozialdemokratie vor Jahresfrist in den Senat eingetreten ist, gelang es zwar, einige hundert Beamtenstellen abzubauen. Immerhin werden in Danzig noch bei einem Etat von 117 Millionen allein 46 Millionen für Beamtengehälter ausgegeben. Die bürgerlichen Parteien haben sich bisher geschaut, eine großzügige Verwaltungsreform nach den Vorschlägen der Sozialdemokratie durchzuführen. Wenn nimmere der Völkerverbund die Sanierung der Staatsfinanzen Danzigs in die Hand nimmt, dürfte es bei dem zu erwartenden Beamtenabbau viel mehr Härten geben, als wenn Danzig selbst diese Maßnahme getroffen hätte.

Die Danziger Parteiorganisation hat sich noch in den letzten Tagen eingehend mit der Sanierung des Freistaates befaßt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt ist, an diesem notwendigen Werk tatkräftig mitzuarbeiten. Ganz entschieden hat sie sich aber dagegen ausgesprochen, daß die Sanierung auf Kosten der Arbeiter, insbesondere etwa durch Kürzung der Erwerbslosenunterstützung erfolgen soll, wie es von vielen bürgerlichen Politikern Danzigs erstrebt wird. Daß es überhaupt zu einer Sanierung durch den Völkerverbund kommen muß, daran trägt einerseits die zollpolitische Verkopplung Danzigs mit Polen durch den Versailler Vertrag und andererseits die bisherige Untätigkeit der bürgerlichen Parteien die Schuld. Die sozialdemokratischen Vorschläge hat man wieder einmal nicht rechtzeitig beachtet. Die Folge ist nun, daß es in Europa einen zwangsmäßig sanierten Staat mehr gibt.

Potemkin.

Der Oberreichsanwalt soll verbieten.

Die Freigabe des Potemkin-Films hat einen Wutschrei der Rechtspresse hervorgerufen. Sie ruft nach neuem Einschreiten, nach Mühlsen, nach dem Reichswehrministerium, nach Einschreiten von Länderregierungen, nach dem Oberreichsanwalt. Das sind die Organe, bei denen die Rechtspresse gleiche reaktionäre Gesinnung voraussetzt wie bei sich selbst.

Dieser Film ist ein Prüfstein, an dem freihetliche Gesinnung und reaktionäre Befinnung sich scheiden. Gegenüber der erschütternden Sprache dieses Kunstwerks gibt es nur zwei Stellungnahmen: das Bekenntnis zur Menschlichkeit, zur Menschenwürde, zur Freiheit — oder das Bekenntnis zur brutalen, Menschenleben und Menschenwürde verachtenden tyrannischen Gewalt. Heute schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Es ist schwer vorstellbar, daß dieser übelste aller Hehfilme durch die Behandlung mit der Schere an einigen besonders brutalen Stellen wesentlich von seiner gemeingefährlichen Wirkung eingebüßt haben sollte.“

An einigen besonders brutalen Stellen! Ja, es gibt Stellen in diesem Film, die die Brutalität des zaristischen Systems eindrucksvoll aufzeigen — das Schießen der Kosaken in der Treppenzene. Diese Brutalität des zaristischen Systems ist es, die die Zeitungen vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“ in Schutz nehmen! Es war so, und es ist historische Wahrheit!

Es ist nicht minder Wahrheit, daß der Geist der tyrannischen Brutalität, der Verachtung des Volkes und der Würde des Einzelnen noch heute lebendig ist. Er spricht aus dem erbitterten Haß der Mühlsen, der Sachverständigen der Reichswehr und der Rechtspresse gegen dies Kunstwerk der Freiheit. Was sie fürchten, ist, daß durch ein Kunstwerk die edle, sittliche Empörung und die geistige Abkehr von einem vergangenen System angefeuert werden könnte, daß sie — entgegen dem Geiste der republikanischen demokratischen Verfassung — in Schutz nehmen und zurücksehen!

Zwischenfall.

Von Erich Gullind.

Der Zug hielt. Und während die Reisenden des Abteils schon dachten, daß an dieser menschenleeren Station niemand einsteigen würde, öffnete sich die Tür und war auch gleich darauf wieder verstopft durch einen großen aufgerollten Teppich, der sich aus eigener Kraft zu bewegen schien. Sein Träger, wenn es einen gab, war völlig unter ihm begraben. Der kaiserliche Geruch neuer Teppiche drang voran. Und als die Masse sich durch die Tür hindurch gequetscht hatte, rieselten eine Unzahl bunter Stäubchen auf die Kleider der Anwesenden. Haß erfüllte nun giftig die Enge. Bei dem Herrn mir gegenüber loberte er zuerst hell auf. Die Haare seines Schnurrbarts standen senkrecht auf der Lippe nach außen fort. Sein Gesicht hatte jenen so verbreiteten gepreht angefertigten Zug, wie man ihn etwa bei Zuständen von Hartlebigkeit gut kennt. Dieser Ausdruck harmonisierte wunderbar mit dem keine Hoffnung duldenden nieselnden Stöhnen draußen. Man sieht, es handelt sich also um einen jener Wackeren, die „mit beiden Füßen in der Wirklichkeit stehen“. Die arme Wirklichkeit freilich sieht unter diesen Füßen so schäbig abgetreten aus, wie ein zerfetzter alter Treppenaufsteiger.

Auf das Schnauben schälte sich endlich der Träger des Teppichs heraus, und — siehe da — ein Mensch! Es war ein ganz richtiger Mensch, der trotz der frostigen Rasse nur eine bescheidene, dünne Zwillingshals trug. Der Mensch — so wollen wir ihn einfach nennen — sagte auf das Gebraull nichts anderes als: „So was soll ich denn machen, lieber Herr.“ Er sagte es ganz ruhig, mit der simplen Logik der Lebensnot und einem so überwältigenden Anstand, daß es urplötzlich um die Boge des Brüllers lächelnd auslief. Der entpuppte sich nun aber als Idealist. Es schien ihm nicht um die Stäubchen auf seinem Ueberzieher zu gehen, nein um eine Idee. „Ich habe ein Recht darauf, mich nicht verfaulen zu lassen“, schnaubte er weiter. Zwar begab er sich damit in die beschränkte Sphäre des Privatrechts, denn von einem Anspruch des Einzelnen an den Staat, „sich nicht verfaulen zu lassen“, kann ja gar keine Rede sein. Aber wie riesenstark ihn auch die Autorität des Rechts aufrichtete, der Mensch erhob dennoch seine Stimme und sagte: „Ach, seien Sie doch nicht schlecht, lieber Herr.“ Er sagte es nicht etwa weinerlich, nicht etwa sentimental, sondern mit einer unpathetischen königlichen Ruhe, die das Siegel höchster Menschenfreundlichkeit ist.

Jetzt wurde es allen deutlich, daß der Konflikt unauslöschbar war. Der Mensch ging offenbar von einem ganz anderen Wirklichkeitsbegriff aus als sein Gegner. Es hätte schlimm um den Brüller gestanden, wenn der Mensch nun aber nicht einen verdächtig ausländischen Akzent gehabt hätte. Hier galt es einzuhaken. „Wir sind hier nicht in Polen, Verehrtester, wir sind in Deutschland.“ Das „eu“ in Deutschland hatte einen hohen, glucksend quietisierenden Ton. Jetzt aber verharrte der Mensch morosus und in einer gar nicht zu über-

Die Kräfte in der Verwaltung, die gegen dies Kunstwerk intrigieren, haben damit gezeigt, daß ihre Gesinnung und ihre politische Willensrichtung mit dem Geist der Verfassung unvereinbar ist.

Der Lärm um die Kontrollnoten.

Eine Intrige gegen Seekt.

In einem Aufsatz über den Streit um Deutschlands Abrüstung macht der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ aufsehenerregende Mitteilungen. Er behauptet, daß Walchs Note über die Stellung Seekts auf eine Intrige in der Umgebung des deutschen Verbindungsbeamten zwischen dem Reichswehrministerium und der Interalliierten Kontrollkommission zurückzuführen sei.

Dieser Verbindungsbeamte sei Stabschef eines bisher Seektis untergeordneten Gruppenkommandeurs der Reichswehr gewesen, der den Ehrgeiz haben soll, an Stelle von Seekt Generalinspektor zu werden oder wenigstens die Schaffung eines gleichgeordneten Postens für ihn selber eventuell durch eine Forderung der Entente zu veranlassen. Diese Intrige soll die Aufregung über General Walchs Forderungen verurteilt haben.

Am 11. und 12. Juli begannen die „Deutsche Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ über angeblich neue Forderungen der Botschafterkonferenz Lärm zu schlagen. Damals schienen politische Motive hinter dem Geschrei zu stehen. Es sah so aus, als ob eine neue Hege gegen die Politik von Locarno inszeniert werden sollte. Schon damals entstand der Eindruck, daß bestimmte Stellen im Reichswehrministerium dahinter ständen und auf eigene Faust Politik trieben. Es wurde schon damals auf den Entwaffnungskommissar des Reichswehrministeriums hingewiesen.

Die Neuherung des „Daily Telegraph“ gibt der Angelegenheit eine neue Wendung. Statt politischer sollen persönliche Motive hinter der Aktion stehen. Eine bestimmte Stelle hätte den Ehrgeiz, Seekt zu verdrängen und stecke sich hinter die Kontrollkommission, damit sie die Abberufung oder die Kalfstellung Seekts verlange.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an eine seit langem auffällige Tatsache. Die Schutzpolizei ist von der Kontrollkommission und der Botschafterkonferenz seit jeher schlecht behandelt worden. Oft wurden aber Forderungen bewilligt. Steckten etwa hinter dieser mißgünstigen Behandlung der Polizei in vielen Kontrollverhandlungen auch Intrigen von Stellen des Reichswehrministeriums?

Wird das Reichswehrministerium, wie die bayerische Regierung, die Anklagen zu vertuschen versuchen und sie einfach für unbegründet erklären?

Dunkle Wege in Magdeburg.

Aufgaben der Berliner Kriminalbeamten.

Magdeburg, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Berliner Kriminalbeamten Dr. Riemann und Braschwich sind in Magdeburg eingetroffen und haben sich mit Kriminalkommissar Busdorf in Verbindung gesetzt, der ihnen das ganze Material übergab. Dr. Braun, der Verteidiger von Rudolf Haas, hat dem Gericht einen umfangreichen Haftentlassungsantrag eingereicht, der unter anderem ein umfangreiches Lückenloses Klibi von Haas enthält, nach dem Haas unmöglich in Rottmersleben gewesen sein kann. Zu den vielen Beispielen über die sonderbare Art der Untersuchung des Herrn Kölling gehört auch die Vernehmung des Direktors Thieß, des Doppelgängers von Haas. Kriminalkommissar Busdorf hatte Thieß aufgesucht und ihn gebeten, am nächsten Tage mit nach Rottmersleben zu kommen, um die eventuelle Vernehmung mit Haas durch die in Rottmersleben wohnenden Leute, die Haas gesehen haben sollten, aufzuklären. Busdorf bat Thieß, seinen Automantel und seine Lederkappe mitzunehmen. Direktor Thieß hatte aber am nächsten Tage keine Zeit und wünschte, daß die Sache verschoben werde auf den übernächsten Tag. Sehr wahrscheinlich hatte Busdorf, der mit Tenholt zusammenarbeitete, den Untersuchungsrichter Kölling von seiner Absicht unterrichtet. An jenem Tage nun, als Busdorf mit Tenholt und Thieß als dem

„Doppelgänger“ von Haas nach Rottmersleben fahren wollte, wurde plötzlich Thieß zum Untersuchungsrichter geladen und dort den zweifellos auf schnellstem Wege herbeigeholten Zeugen aus Rottmersleben, die angeblich Haas gesehen haben wollten, ohne Automantel und ohne Kappe gegenübergestellt. Und die halbblinde Greifin, die im Hause Schröders wohnt, wurde sofort vom Untersuchungsrichter Kölling auf ihre Aussage, daß sie Haas und nicht Thieß in Rottmersleben gesehen habe, vereidigt! Auch dieser Fall bedarf der eingehenden Nachprüfung. Eine noch ungeklärte sehr bedeutende Rolle spielt der Magdeburger Privatdetektiv Grau in der Angelegenheit Haas. Seit Monaten ist er, wie er seinen Kunden gegenüber offen zugibt, nicht in der Lage, bringende andere Anträge zu erledigen, weil er so stark mit der Angelegenheit Haas beschäftigt ist. Erwiesen ist, daß der Kriminalkommissar Tenholt schon seit Monaten intensiv mit Grau zusammen arbeitet. Privatdetektive sind nicht billig. Wer bezahlt Grau diese Monatslange ausschließliche Tätigkeit? Der Zusammenhang zwischen Grau, Tenholt und Viebing ist ebenfalls noch dunkel. Bevor der Steuerbeamte Viebing von Magdeburg verjezt wurde, hatte er mit allem Eifer in der Steuerfahndung gearbeitet, so intensiv, daß er vermutlich gerade darum nach Kassel verjezt wurde, weil sein Aufwand an Spekulation in gar keinem Verhältnis zum Erfolg stand. Ueber diesen Viebing kommen jetzt unausgefordert aus dem Reich sehr zweifelhaft Zeugnisse nach Magdeburg. Alle diese angeblichen Wege müssen unbedingt von den neuen nach Magdeburg gekommenen Kriminalisten erforscht werden. Wenn man über die Frage, wie das tschechische Konsulat in die Mordfahndung Schröders hinein kam und wie der Fall Haas überhaupt möglich war, Aufklärung haben will, muß man hier einhaken. Wie wenig richtig die Behauptung der Antisemiten ist, die Linksprelle habe sich verbündet, um den Juden Haas zu retten, wird ersichtlich aus der Tatsache, daß die Deffentlichkeit von der gleichen Presse immer wieder auf den ebenfalls noch unschuldig festgehaltenen Fischer hingewiesen wird, der von Tenholt mit Gewalt zum Mittelsmann zwischen Schröder und „Adolf“, der ja Haas sein soll, gemacht werden sollte, den Tenholt aber sofort frei lassen wollte, wenn er ausjagen würde, daß er die Vermittlung zwischen Schröder und Haas bewerkstelligt habe. Fischer blieb aber bei seiner Aussage, er kenne Haas überhaupt nicht und er wisse nichts von einem „Adolf“. Fischer ist als Schriftsteller bei seinen Kollegen sehr unbeliebt und man sagt ihm nach, daß er vollkommen nationalitätlos gefonnen ist. Trotzdem verlangt die angebliche Judenpresse keine Freilassung, weil es sich hier nicht um rechts oder links, sondern um Recht und Gerechtigkeit handelt.

Der Volksoffer-Scandal.

Reichswehrmajor Uth wird ausfragen.

Das Reichswehrministerium läßt mitteilen, daß der im sächsischen Volksoffer-Prozess als Zeuge geladene Major Uth am Sonnabend in Dresden als Zeuge seine Aussagen machen wird. Hoffentlich erfolgen diese in voller Deffentlichkeit, damit festgestellt werden kann, ob wirklich die dem General Müller gepumpten Gelder für die angeblich niemals existierende „Schwarze Reichswehr“ verwandt wurden oder in welche sonstigen Geheimkanäle sie geflossen sind.

Friedrich Ebert und die Paulskirche.

Ein reaktionärer Kirchenvorstand.

Die städtischen Körperschaften von Frankfurt a. M. beabsichtigen bekanntlich, an der historischen Paulskirche bei der diesjährigen Verfassungskonferenz eine Gedenkfeier an den Besuch des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert bei der 75jährigen Gedächtnisfeier der Nationalversammlung von 1848 anbringen zu lassen. Der Kirchenvorstand der Paulskirche hat es jetzt fertig gebracht, gegen diese Absicht der Stadtverwaltung einen Protest zu erlassen. Reichspräsident Ebert habe weder der evangelischen Kirche angehört, noch in irgendwelchen Beziehungen zu ihr gestanden, geschweige denn eine Bedeutung für sie gehabt. Die Stadtverwaltung als Eigentümerin der Kirche ist jedoch über diesen Protest hinweggegangen und hat den Kirchenvorstand offiziell von ihrer Absicht benachrichtigt.

feigenden Gleichgültigkeit. Nicht etwa als ob es ein impertinentes Schmelgen gewesen wäre. Es war die reine, absolute Indifferenz, ein so kühles Jenseits aller Ländergrenzen, daß jeder Böllische darüber hätte zum Amokläufer werden können. Nur nach einer kleinen Weile bemerkte er nebenbei: „Ich bin gar nicht aus Polen!“ Nach dieser Niederlage in der äußeren Position flüchtete der Herr wieder in die innere, aber diesmal zum öffentlichen Recht. „Wenn ich den Stationsvorsteher — er sprach triumphierend jede Silbe des Wortes einzeln — benachrichtige, so müssen Sie heraus, in das Abteil für Traglasten.“ Aber der Mensch, statt sich endlich vor der Majestät der Gejeje zu neigen, antwortete nur, mit der Fremdsprache seiner anderen Wirklichkeit: „Lieber Herr, ich tat Ihnen nichts Böses, Sie nehmen ein wenig die Bürste und es ist gut.“ Jetzt war die Niederlage vollkommen. Staat und Autorität waren gleichsam zu Boden gelächelt, ja komisch geworden, wie die Götter bei Offenbach. Der Mensch bereitete sich zum Aussteigen, nicht ohne vorher mit dem gleichen überwältigenden Anstand gebeten zu haben, ihm Platz zu machen. Der Herr, der abregiert hatte, tat es jetzt bereitwillig.

Als der Teppichträger den Zug verlassen hatte, hinterließ er im Blick eines Augenblicks ein durchdringendes Licht, fast nicht zu ertragen. Selbst der Brüller hatte für einen flüchtigen Moment fast das Gesicht eines Menschen, und für eine Sekunde waren die zu-fälligen Fahrgäste des Stadtbahnabteils zu einer Gemeinde von Wissenden geworden. Aber ganz schnell erlosch das Licht, andere Leute stiegen ein, die das Leuchten nicht mehr sahen. Schuljungen blickten in ihre Bücher, um den Ernst des Lebens von Solon bis Stresemann einzuspucken. Der schimpfende Herr hatte seine beiden Füße in die Wirklichkeit zurück gerettet, und das rieselnde Raßkalt begrub in seinem Grau den unvorsichtig enthüllten Glanz.

Aus dem Reiche der Azteken.

In dem Staate Chiapas wurden, wie aus Mexiko berichtet wird, die gewaltigen Ruinen einer alten Hauptstadt entdeckt, die bisher nie den Welken zu Gesicht gekommen waren. Die mexikanische Regierung hat eine Expedition von Forschern entsandt, die die Ruinenstadt in der Nähe von San Bartolome im Bezirk Libertad untersuchen sollten. Die Indianer, die in diesem Gebiete leben, wußten von dem Geheimnis dieses Ortes, der Copanahuacilla genannt wird, aber sie verrieten es nicht, da sie glauben, daß riesige Goldschätze in den Ruinen verborgen ruhen. Der Schatz hat nach ihrer Meinung dem letzten König des Stammes gehört, der die Stadt gebaut hat. Die Indianer haben bereits seit vielen Jahren Nachforschungen nach dem Schatz angestellt und große Gruben ausgegraben, aber bisher haben sie noch keine Spur von dem vermeintlichen Schätze gefunden. Dagegen gruben sie eine große Menge von Götterbildern und Töpferwaren aus. Da sie aber den Wert dieser Dinge nicht erkannten, haben sie sie achillos dreizeitig geworfen und zerstört.

Nach den Ruinen, die die Forscher feststellten, zu urteilen, handelt es sich um eine Stadt, die in der Zeit ihrer Blüte eine große

Ausdehnung und Bedeutung hatte. Was besonders von einem Gebäude übrig geblieben ist, zeigt eine überraschende Schönheit der Architektur, die sich in diesem Falle sehr gut erhalten hat. Die Fassade des Gebäudes ist aus reinem Stein, der reichen Bildhauerkunst trägt, Gesalten von Kriegern, Gesichtern und Schlangen. Der Tor- eingang, der gleichfalls mit schönem Bildwerk geschmückt ist, hat sich noch erhalten. Augenscheinlich war es ein Tempel, in dessen Mittelpunkt ein großer Stein von mehreren Tonnen Schwere gefunden wurde. Der Stein hat in der Mitte eine Vertiefung, wie man sie in anderen Fällen auch schon beobachtet hat, und man glaubt, daß es ein Opferstein war, in dem den Göttern Menschenopfer dargebracht wurden. Die Ruinen sollen bedeutender sein als die berühmten von Palenque. Man fand eine Anzahl großer Stein- sarkophage, die zeigen, daß die Bewohner der alten Stadt Farbstoffe aus den einheimischen Pflanzen herstellten. Auch Kanäle wurden freigelegt. Etwa einen Kilometer von der Ruinenstätte entdeckte man die Reste eines alten Gartens, der von einem Kanal bewässert wurde und von dem die Indianer erzählten, daß es der „Garten des Königs“ gewesen wäre; er läge dort mit einem großen Schatz zusammen begraben. Noch heute entblöhen die Indianer, wenn sie an der Stelle vorüberkommen, ihr Haupt, um dem toten König ihre Ehrerbietung zu beweißen.

Deutsche Literatur in Ueberset. In einigen Monaten erscheint in Schanghai eine Uebersetzung von Webedinks „Frühlings Erwachen“ in chinesischer Sprache. Es ist, wie die „Literarische Welt“ mitteilt, das erste unter den Dramen Webedinks, das in den fernsten Osten gelangt. Sein Uebersetzer ist ein in München studierender Chinese, von dem bereits chinesische Uebersetzungen von Goethes „Stella“ und „Naviago“ vorliegen. — Eine Goethe-Feier wurde kürzlich von der Universität Habana veranstaltet; unter den etwa 200 Teilnehmern waren der Kultusminister von Cuba, der Rektor der Universität und der deutsche Gesandte. — In New York erschienen im Herbst Uebersetzungen zweier Romellen von Arthur Schnitzler: eines alten Werkes, des „Leutnant Gustl“, und seiner letzten Erzählung, der „Traumnovelle“.

Wiedererwachender Bezug. Wie es von den italienischen Beobachtern unläßlich der schweren Stürme in den letzten Tagen vorhergesagt worden war, ist der Bezug in eine neue Tätigkeitsperiode eingetreten. Das Schauspiel, das er bietet, ist höchst eindrucksvoll. Riechige Feuerwolken färben den Himmel blutrot; sie folgen sehr schnell aufeinander, fast von Minute zu Minute, aber bisher wurde noch kein Ausfluß von Lava beobachtet. Nach dem Urteil des Observatoriums ist bisher noch kein Grund zur Sorge getreten, und so sieht man zahllose Karawanen von Fremden und Neapolitanern, die sich bis zum Krater selbst vorwagen, um das grandiose Schauspiel zu genießen.

Beethovenfeier in Wien. Kalchbühl der bundesthnen Wiederkehr des Todesjahres Ludwig van Beethovens findet in Wien in der Zeit vom 26. bis 30. März 1927 eine große Feier statt, welche unter der Regide der obersten Behörden des Landes und der Stadt Wien stehen wird. Sämtliche in Wien beglaubigten Vertreter ausländischer Regierungen sind eingeladen worden, dem Ehrenkomitee beizutreten, dem der österreichische Bundespräsident Dr. Michael Hainisch vorsteht.

Moskau gegen Warschau.

Alarm aus inner- und außenpolitischen Gründen.

Seit einigen Tagen schreit die Moskauer Presse: Gefahr für Litauen im Anzug! Der riesige polnische Adler drohe den kleinen, schwertschwingenden silbernen litauischen Ritter zu verschlingen. Jalefki, des Warschauer Außenministers, friedlichen Worten sei unmöglich zu trauen. Polens Taten sprächen dagegen. Der Sommerurlaub seiner Offiziere und Mannschaften sei plötzlich beendet. Pilsudski ziehe die liebsten seiner Regimenter in Wilna zusammen. Offen fordere die polnische Presse zu einem Feldzuge auf. Schreibt doch ein Wilnaer Blatt: „Der Stand unserer Armee garantiert uns, gegenüber den militärischen Kräften Litauens die Lösung zu finden.“ Ernsthaft werde in Moskau mit der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes gerechnet. Der Völkerbund taue nichts; schon einmal habe er Litauen im Stich gelassen. Die Sowjetunion werde wohl lieber einpringen müssen, um Litauen und ihre eigenen Interessen zu schützen. Denn Polen ginge nicht aus eigener Initiative vor, Pilsudski sei von jeher englandfreundlich gewesen. Er werde vom englischen Imperialismus aufgebeugt. Der wolle ihn als Werkzeug gegen Moskau benutzen. Auf Geheiß Chamberlains wolle Polen Litauen verschlingen, um dann die Sowjetunion zu verschlingen. Aber Deutschland und Lettland seien gewarnt: Die polnische Expansion mache vor niemanden halt. Sei Litauen vertrieben, kommt das Remelgebiet, Lettland selber (wegen Libau) und Ostpreußen dran.

Der außenpolitische Kadaw ist ein innerpolitisches Ablenkungsmanöver. Die kommunistische Staatspartei windet sich in schweren Kämpfen und Krämpfen. Noch nie waren die innerpolitischen und innerparteilichen Gegensätze so auf die Spitze getrieben. Die Herrschaft droht zu zerplatzen. Was liegt da näher, als außenpolitische Gefahren an die Wände zu malen? Je grimmer die Gefahren erscheinen, die den Bestand des russischen Staates von außen bedrohen, um so wirksamer schallt der Ruf nach innerer Einigkeit. Die Opposition soll mit Polens Hilfe in den Burgfrieden geschreckt werden — das ist der eine durchsichtige Zweck der Moskauer antipolnischen Wache. Die Moskauer Nacht haben von den Nachtigallern anderer kapitalistischer Staaten gelernt. Man stabilisiert die eigene Herrschaft, wenn man die Volksgemeinschaft gegen den äußeren Feind predigen kann.

Zugleich hat das Moskauer „Haltet-den-Dieb“-Geschrei einen diplomatischen Zweck. Der Berliner Vertrag vom 14. April zwischen Deutschland und Rußland schuf im nordöstlichen Europa eine günstige Atmosphäre für die Gedanken friedlicher Sicherung. Seit dem Mai schweben Verhandlungen zwischen Rußland und Lettland, dem nördlichen Nachbarn Litauens, und zwischen Rußland und Finnland, dem nördlichsten der vier baltischen Staaten. Man unterhält sich jedoch noch immer darüber, welchen Inhalt die Pakte zwischen diesen Staaten haben sollen. Die Verhandlungen ziehen sich langsam hin. Noch ist man an die Ausarbeitung der Verträge nicht gelangt. Man steckt noch in den Vorverhandlungen. Die Sowjetregierung möchte außenpolitische Erfolge haben. Darum versucht sie, Lettland und Finnland in Vorkverhandlungen hineinzutreiben. Nicht nur der innerpolitischen Opposition, auch den Letten und Finnen soll die Trommel des polnischen Imperialismus gefährlich dröhnen, dann klingt die Friedensscholmei Rußlands um so lieblicher. Das ist der Gedanke. Nicht nur der innerpolitischen Opposition, auch den Letten und Finnen wird das polnische Schreckensbild vorgehalten. Mit dieser Methode hofft Moskau die Verhandlungen mit Romo und Helsingfors vorwärtszutreiben. Das ist der außenpolitische Sinn des Moskauer Ablenkungsmanövers.

Aufnahme der Alarmmeldungen in der Berliner Presse.

Das Erloporgan der „Roten Fahne“ nimmt heute mit seltenen Vorkommnissen und einem Leitartikel die Moskauer Parole auf. „Pilsudski mobilisiert gegen die Sowjetunion! Geplanter Ueberfall auf Litauen. — England hinter Pilsudski. — Stresemann mit im Komplott? — Wachsamkeit!“ So schreibt die „Volkswacht“ ihren Lesern. Das Manöver ist auch für Deutschland durchsichtig genug. Die ganze Aufregung ist nur dazu da, von den inneren Parteikämpfen abzulenken.

Die Berliner Rechtspresse fällt natürlich auf die Moskauer Manöver herein. Sie ist blind vor Polenhas. Sie vermag die Moskauer Drähne nicht zu sehen, die die Puppen auf dem Theater bewegen. Die demokratische Presse verzichtet darauf, von dem Alarm überhaupt auch nur Notiz zu nehmen.

Das Zeugenverhör in Budapest.

Widerruf der Aussagen.

Das Verhör der Angeklagten ist beendet, nun marschieren die Zeugen auf. Um es gleich zu sagen: die Zeugen haben „versagt“. Die Anklage, besonders die gegen Bagi und Genossen, ist als gänzlich unhaltbar erwiesen.

Der erste Zeuge war Polizeirat Schweiniger. Er versuchte den Beweis zu erbringen, daß die Partei von Bagi sozusagen die Vorstufe der kommunistischen Partei sei, daß die Arbeiter, bevor sie Mitglieder der kommunistischen Partei wurden, ihre Zuverlässigkeit zuerst bei Bagi erweisen mußten. (1) Er behauptete ferner, daß die Amsterdamer Zentrale, von der die Streikliste im Falle eines Ausstandes mehrere Male Geld erhielt, der 3. Internationale angehöre. (2) Schweiniger baute seine ganze Aussage auf vagen Vermutungen auf, auf lauter „Benn und Aber“, so daß diese Anklage eine geradezu klägliche Eindruck machte, da kein einziger stichhaltiger Beweis von dem Zeugen, der die polizeiliche Untersuchung leitete, erbracht werden konnte.

Dann lagte der Generalsekretär der Holzarbeitergewerkschaft, Genosse Horowich, vor den Schranken des Gerichts aus: Bagi und Genossen wurden von der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, da sie mit ihren Sonderbestrebungen die Einheit der Partei gefährdeten. Er betonte aber nochmals, daß ihr Ausschluß aus Gründen der Parteidisziplin erfolgte, daß Bagi und Genossen nicht der 3. Internationale angehören, da sie ebenso wie die Sozialdemokratische Partei auf der Grundlage der 2. Internationale stehen. Horowich erklärte weiter: Die Sozialdemokratische Partei hat nie vom Ausland Geld erhalten, unterstützt wurde nur in Streikfällen die Streikliste von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Ran folgte eine lange Reihe der Zeugen, die alle ihre früher gemachten Aussagen widerrufen. Da sie von der Polizei bei ihrer Vernehmung mißhandelt wurden. Der Angeklagte Dobanski fragt den Zeugen Rubin, ob er gesehen habe, wie er von der Polizei mit Füßen getreten wurde. Der Verhandlungsleiter unterbricht ihn: „Dies gehört nicht hierher“. Zeuge Stefan Rih erklärt: „Er wurde geschlagen, angebanden, mit Füßen getreten, ja selbst im Gerichtshof als Zeuge bis zur Vernehmung in Einzelhaft gehalten.“ Mit solchen Foltern habe man seine Aussagen erzwungen, die er jetzt widerrufe.

Nachdem ersuchten die Verteidiger um Ausdehnung des Wahrheitsbeweises. Es ist jedoch fraglich, ob das Gericht diesem Ersuchen stattgeben wird, wenn nicht, so wird das Urteil nach dieser Woche gefällt werden.

Drei Schüsse.

Selbstmord durch Erschießen verübte gestern Abend auf dem Belle-Alliance-Platz ein noch unbekannter junger Mann. Die Leiche wurde nach dem Schutzhause gebracht. Der Toir ist etwa 18 bis 24 Jahre alt, 1,67 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar und ein intelligentes, hohes, gebräuntes Gesicht. Besondere Kennzeichen sind Tätowierungen auf dem rechten Oberarm, ein Herz mit durchgehendem Pfeil, darüber die Buchstaben F. K. und darunter I. Sch. Einer der oberen Schneidezähne ist aus Gold.

Wer gestern Abend gegen 10 Uhr den Belle-Alliance-Platz im leise rieselnden Regen umschritt, vernahm kurz hintereinander zweimal den scharfen Peilschentknall eines Schusses. Man hätte es auch für die Fehlzündung eines Automotors oder für den Knall eines plahenden Reifens halten können. Der Regen sprühte weiter, die Räfte trotz silbern im Schein der Lampen von den Bäumen. Die verflingenden Geräusche der Nacht waren nach der kurzen und jähem Unterbrechung gerade im Begriff wieder die alte Melodie aufzunehmen, als ein dritter Knall sie aufschreckte. Diesmal wurden auch die Passanten aufmerksam und es war wie ein Augenblick des Atemanhaltens auf dem dunklen Baumrund des Platzes. Plötzlich lösten sich zwei Schupobeamte aus dem Regenschut der Hochbahnüberführung, ließen mit wehenden Regenmänteln über die Straße. Das niedrige Gebüsch sperrte noch den Durchblick auf die Rosenläche, auf der ein Mann die Laufenden herankamte. Und wie alles sich vorwärtsdrängte, mit den Beamten der Stelle zutretende, fiel matten Licht auf ein weißes hohes Gesicht, auf eine schmale Gestalt, die mit weit ausgebreiteten Armen ein Stück des feuchten Rasens bedeckte. Opfer und Ziel der drei Schüsse. Eine Hand hielt noch den kleinen Revolver umspannt. Das stille Gesicht hielt unbeweglich dem Regen stand, trank ihn, der stärker herniederströmte.

Es geschah, was in solchen Fällen zu geschehen hat. Die Beamten öffneten die Kleider auf der Brust des Stillen. Da warf er sich noch einmal in einer abwehrenden Bewegung herum. Sie hoben ihn auf und trugen ihn in eine Autodroste. . . . Kurz es war für alles geforgt, wie es sich gehört für den Fall, wenn einer den ersten Willen gezeigt hat, aus dem Leben zu scheiden. Bloß vorher hatte man, wie es scheint, nicht genügend geforgt, ihn am Leben zu halten.

Es war wohl der Regen, der unaufhörlich rieselte und diesen Gedanken denen eingab, die herumstanden und den Fall besprachen.

Aus Not zum Giftdöder.

Ein Vater versucht seinen Sohn zu vergiften.

Unter dem Verdacht des versuchten Giftmordes verhaftet wurde gestern der 41 Jahre alte Kaufmann W. aus der Reinholdendorfer Straße. W. ist seit längerer Zeit arbeitslos und schlägt sich mit seiner Frau und seinen vier Kindern kümmerlich durch.

Da es ihm nicht gelang, eine auskömmliche Stellung zu finden, begann er zu trinken und geriet mehr und mehr in schlechten Ruf. Durch diese Umstände wurde auch das Familienleben zerrüttet. Am vergangenen Montag brach ein neues Unglück über die Familie herein: Frau W. erkrankte an einer schweren Lungenentzündung und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Vorgestern Abend begegnete der heimkommende 16 Jahre alte Sohn Siegfried seinem Vater auf der Treppe und dieser sagte ihm, daß sein Abendbrot in der Küche bereitstehe. Der Knabe, der von einem Freunde begleitet wurde, ging hinauf und fand auch vier zurechtgemachte Bröte liegen. Er und eine seiner Schwestern bissen in die Stullen hinein und verspürten alsbald einen sonderbaren Geschmack, der sie davon abhielt, weiter zu essen. Es stellten sich Übelkeit und Erbrechen ein. Da der Knabe den Verdacht hegte, das Brot könnte vergiftet sein, so brachte er die Stullen nach dem nächsten Polizeirevier und erbatte gegen seinen Vater Anzeige. W. wurde daraufhin festgenommen. Bei einer Durchsuchung fand man in der Behausung mehrere Flaschen, die verdächtige Flüssigkeiten enthielten. Sie wurden ebenso wie die beschlagnahmten Stullen dem Untersuchungsamt übergeben. Das Resultat der Prüfung ist noch nicht bekannt. Nach Aussagen der Kinder hatte W. schon des öfteren Selbstmordabsichten geäußert. Es ist daher nicht unmöglich, daß der Mann in seiner Verzweiflung versucht hat, die Kinder zuerst zu vergiften und sich dann selbst das Leben zu nehmen. Die unversorgten Kinder wurden vorläufig vom Wohlfahrtsamt in Pflegefamilien untergebracht.

„Eine unermietbare vierzimmerwohnung.“

Zu diesen Ausführungen in Nr. 333 teilt uns das städtische Zentralfamt für Wohnungsfürsorge mit:

Ein Wohnungsuchender Sp., der in der Vordringlichkeitsliste des Bezirksamts Mitte zur Zuweisung einer vierzimmerwohnung mit Küche an der Reihe war, meldete sich am 6. Januar 1926 und bat das Wohnungsamt um Zuweisung der fraglichen Wohnung, indem er erklärte, daß der Hausbesitzer mit seiner Einwilligung einverstanden sei. Da sich bisher ein anderer Reflektant für die Wohnung nicht gefunden hatte, erhielt Sp., der mitteilte, daß zu seiner Familie ein Sohn von 22 Jahren, eine Tochter von 20 Jahren, eine Tochter von 18 Jahren, ein Sohn von 15 Jahren und eine Tochter von 5 Jahren gehören, am 15. Januar 1926 den Einweisungsschein. An der Eingabe des Sp., daß der Hausbesitzer mit seiner Einwilligung einverstanden war, hatte das Wohnungsamt nicht gezweifelt. Am 18. Januar 1926 erhob jedoch der Hausbesitzer W. Einspruch gegen die Zuweisung des Sp. und verlangte Zuweisung eines anderen Mieters, der ihm genehm sei und der ihm die Gewähr biete, die Miete zahlen zu können. Als Sp. von der Weigerung des Hausbesitzers, ihm die Wohnung zu überlassen, erfuhr, erklärte sein Vertreter am 22. Januar 1926, daß er auf die Wohnung verzichte, und das Wohnungsamt stellte sofort anderen Wohnungsuchenden die Wohnung an. Zu unserem Erstaunen erhielt das Wohnungsamt am 1. Februar 1926 ein Schreiben des Hausbesitzers W. vom 26. Januar 1926, in dem er seinen Einspruch gegen die Zuweisung des Sp. zurückzog und mitteilte, daß die Sp. geschlossenen Mietverträge vorgelegt würden. Welche Gründe den Hausbesitzer W. bewogen haben, den zuerst abgelehnten Sp. nun doch als Mieter anzunehmen und die Vergebung der Wohnung an andere Wohnungsuchende zu unterbinden, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Hausbesitzer W. trägt danach an dem Mietausfall die Schuld selbst, auch sind danach die Ausführungen, wonach das Wohnungsamt dem Hausbesitzer einen Mieter, dessen Bedürfnisse es nicht gekannt und der als ernsthafter Reflektant nicht in Betracht gekommen sei, zugewiesen habe, falsch. Mit welchen Widerständen der Hausbesitzer die Wohnungsämter zu kämpfen haben, zeigt gerade dieser als „Schulbeispiel für die Unfähigkeit der Wohnungsämter“ angeführte Fall; man lese nur die nachstehenden, in dieser Angelegenheit dem Wohnungsamt zugegangenen Schreiben.

Der für die Wohnung Invalidenstr. 141, v. IV, in Aussicht genommene Wohnungsuchende, Professor Dr. F., schreibt uns unterm 11. Juni 1926 folgendes:

Dem Wohnungsamt danke ich verbindlich für das abermalige Angebot einer Wohnung. Der Hausbesitzer (W.) hat heute nachmittags es abgelehnt, meiner Frau die Wohnung zu zeigen, da er ausgehen wolle, hat ferner prinzipiell sich geweigert, eine Bestätigungskarte zu unterzeichnen, „was ja dem Wohnungsamt bekannt ist“, hat endlich vom Mieter die Zahlung der Miete vom 1. Januar 1926 an verlangt. Das Wohnungsamt wird es verstehen, daß man mit einem solchen Hauswirt nicht gern in Beziehung treten mag.“

Der Arzt Dr. G. schreibt am 7. Juni 1926:

Die Wohnung Invalidenstr. 141, v. IV, ist besichtigt worden. Der Hauswirt verweigert es, mit einem praktischen Arzt einen Mietkontrakt zu machen, ebenso verweigert er es, die Postkarte (Besichtigungsschein) zu unterschreiben.“

Daß der Hausbesitzer W. die Vergebung der freien Wohnung erschwert, ja, sogar verhindert, wenn er von einem zum

1. Zuß zugewiesenen Mieter die Miete für die Zeit vom 1. Januar 1926 nachfordert, wie er es im Falle des Herrn Professor Dr. F. getan und Wertes den Zugang in sein Haus verweigert, dürfte jedem einleuchten. Welche Forderungen der Hausbesitzer an die ihm zugewiesenen anderen Wohnungsuchenden gestellt hat, wissen wir zwar nicht, müssen aber nach den vorstehenden Beispielen annehmen, daß er die übrigen, vom Wohnungsamt zugewiesenen Mieter nicht freundlich behandelt hat.“

Aufgeregte Strafenlassene.

Die Gefangenschaft ist bitter, — und doch bedeutet die Freiheitsberaubung ein Dach über dem Kopf, ein Sattessen, — wenn vielleicht oft auch nur ein halbes — und eine regelmäßige Lebensweise. Und die Freiheit? Was bedeutet die für den Strafenlassenen? Obdachlosigkeit, Kampf ums Dasein, gemüht mit Hunger und Arbeitslosigkeit. Die Freude über die Bestreitung wird durch die Sorge um die Zukunft verflücht. Nie aber waren die Aussichten der Befreiten so trostlos, wie im Augenblick, wenn die Wohlfahrtsämter, die konfessionellen Wohlfahrtsvereinigungen und die Gefangenenfürsorge sich um den Entlassenen bemühen wie nie zuvor. Das Helfen wollen ist aber leichter als das Helfen. Der Gefangene hofft bei der Gefangenenfürsorge Hilfe zu finden, er rechnet aber nur selten mit den Möglichkeiten, die dieser zur Verfügung stehen. So werden seine überspannten Hoffnungen allzuoft getrübt; er glaubt sich aber im Recht und wird verbittert; aufgeregt und gereizt wie er einmal ist, reißt ihm die Geduld — er wird zudringlich und herausfordernd je nach Temperament, Charakteranlage und Neurosit. Da gilt es Geduld haben, mit Ruhe und Gelassenheit ihn in die Grenzen zurückzuweisen, durch Güte entwaffnen. Aber auch die Fürsorgebeamten sind ja nur Menschen, deren Einsicht und Wohlwollen gewisse Grenzen gesteckt ist, und so werden sie auch manchmal ungeduldig. So stand z. B. vor einigen Tagen ein Apotheker vor Gericht, der wegen Kokainhandels verbestraft war. Als Jude hat er sich an das jüdische Wohlfahrtsamt gewandt. Man war da bereit, ihm zu helfen; doch die Geldsumme, die er erhalten sollte, schien ihm zu gering; er könne damit nichts anfangen, er brauche mehr; er wolle nicht noch einmal ins Gefängnis kommen, sondern ein ehrlicher Mensch werden. Als aufgeregter Psychopath wurde er grob und ausfällig. Man vermisste ihm das Schimmer, er dachte gar nicht daran zu gehen und schimpfte weiter; man holte den Portier, da verlor er die Gewalt über sich, er lasse sich nicht hinauswerfen, man sei doch da, um zu helfen. In der Erregtheit fiel ein Wort über Hochstaperei, Erpressung. Der Kokainhändler drang nun auf den Fürsorgebeamten ein, versetze ihm eine Ohrfeige und es entstand eine regelrechte Prügelei. Schließlich wurde er hinausgeworfen — etwas später kam es dann zu neuen Täuschlichkeiten auf der Straße. Der Fürsorgebeamte versetzte dem Kokainhändler eine Ohrfeige; dieser soll aus jenen eingebrungen sein. Wegen den Prügeleien wurde wegen Hausfriedensbruch Strafanzeige gemacht, nicht aber wegen Körperverletzung. Das Gericht verurteilte aber die Verhandlung, um noch einige Zeugen über die Vorkommnisse auf der Fürsorgestelle zu befragen. Mehr Einsicht auch von Seiten der Strafenlassenen wäre am Platze. Die Fürsorgestellen sind gern bereit, alles zu tun, was in ihrer Macht steht. Sie sind bestimmt gewillt zu helfen.

Der Schwindel mit Ford-Aktien.

Seit einiger Zeit werden die deutschsprachigen Länder von zwei Firmen mit großartig aufgemachten Zeichnungsaufforderungen überschüttet — die eine Firma hat von ihnen zwei Millionen Stück auf einmal drucken lassen —, in denen dem deutschen Sparer mit irreführenden Behauptungen Unterbreiten von Aktien der „Canadianischen Ford-Gesellschaft“ angeboten werden. Jetzt hat sich auch der Staatsanwalt mit der Sache befaßt und müssen. Mit dem Namen Henri Ford wird ein schwerer Mißbrauch getrieben. Es muß ernsthaft darauf gewarnt werden, gutes, deutsches Geld für diese sehr zweifelhaften Sache anzulegen. Der von den anbietenden Firmen geforderte Kurs von rund 900 Prozent ist fast das Doppelte des ungefähren Marktwertes. Selbst bei sehr hoher Dividende würde der Erwerber dabei doch nur eine Verzinsung von ein bis zwei Prozent erreichen können, also nur einen Bruchteil der Zinsen, die er in mündelsicheren Papieren erzielen würde. Auch der Umstand, daß die betreffenden Firmen je einen Notar als Treuhänder benannt haben, darf nicht über den zweifelhaften Wert der Angebote täuschen, denn gegen diese Notare soll bereits ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden sein. Höhere Auskunft gibt der Rechtsvertreter der Firma Ford, Rechtsanwalt Dr. Fuhrmann, Berlin, Dönhofsstraße 27.

Diebstahl in einer Pension am Kurfürstendam.

In einem Pensionat am Kurfürstendamm ist am Dienstag eine russische Familie das Opfer eines raffiniert angelegten Diebstahls geworden. Im dritten Stock, wo die Russen wohnten, mietete Montag nachmittags ein Rumäne ein Zimmer, er nannte sich Salomon Mühlstein und gab vor, Kaufmann in Bukarest zu sein. Dienstag mittag erhielt der Rumäne den Besuch eines Freundes. Nach Verlauf einer Stunde verließen beide das Zimmer. Das Zimmermädchen, das kurz vorher zwei Glas Milch in das Zimmer gebracht hatte, hörte die beiden fortgehen. Als sie später die Zimmer der russischen Familie aufräumen wollte, entdeckte sie den Diebstahl. Das Schicksal des Veritios, in dem die Juwelen der Russen verwahrt wurden, war erbracht und der gesamte Inhalt gestohlen. Der Verlust beläuft sich auf etwa 30 000 M. Auf der Polizei ist Mühlstein seit langem als gefährlicher Pensionatsdieb bekannt. Er hat bereits mehrmals Einbrüche und Diebstähle in Pensionen verübt.

Zugängertunnel Friedrichshagen. Der erste Bauabschnitt des im Bau befindlichen Fußgängerunterwegs in Friedrichshagen ist beendet. Die Absenkung unter Druckluft hat sich ohne jede Schwierigkeit und ohne das geringste Vorkommnis vollzogen. Bei der Absenkung von 11,58 Meter und einer Dauer der Absenkung von 34 Tagen betrug die durchschnittliche Tagesleistung 34 Zentimeter. Während der Absenkung haben sich weder nennenswerte Durchbiegungen des Senkrostens noch unvorhergesehene Abweichungen aus der Achse ergeben. In einigen Tagen wird der Schiffsverkehr über das fertige Tunnelstück geleitet und mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen werden.

Freiwilligtheater Jungfernhöhe. Die nächsten Vorstellungen von Schillers „Käthe“ finden Sonnabend, den 31. Juli, und Sonntag, den 1. August, nachmittags 6 Uhr, in derselben Besetzung, wie bei der Uraufführung statt. Die Vorstellung am Donnerstag, den 29. Juli, fällt wegen der schlechten Witterung aus.

Generalarmprobe im Gefängnis.

Die Meldung in einem heutigen Berliner Morgenblatt über ein Großfeuer im Gefängnis zu Senftenberg entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich vielmehr um eine Generalprobe der Senftenberger Feuerweh. Der Zeitbeband, wie er in der Zeitung gemeldet wird, ist singulär. Er war vom Grunddirektor im voraus schriftlich entworfen, um als vermeintliche Grundlage für einen Generalalarm zu dienen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten. Erptaw. Heute Abend 7 1/2 Uhr äußert wichtige Zusammenkunft der Funktionäre in der „Normals“-Spekulation Großprofil.

Sport.

Die Rennen auf der Rät-Urena, die gestern der ungünstigen Witterung wegen abgejagt werden mußten, sind auf Freitag Abend 8 Uhr verlegt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Deutsche Textilarbeiterverband 1925. Organisatorische Festigung und geistiger Aufstieg.

Die Jahrbücher unserer Gewerkschaften unterscheiden sich gegenwärtig sehr vorteilhaft von ähnlichen Publikationen der Vorkriegszeit. Während die Veröffentlichungen der Gewerkschaften der Vorkriegszeit sich in der Hauptsache beschränkten auf die statistische Wiedergabe der Mitgliederbewegung, Beitragsleistungen, Lohnkämpfe usw., nehmen in den gegenwärtigen Veröffentlichungen der Gewerkschaften die Untersuchungen über die wirtschaftliche Entwicklung einen breiten Raum ein. Die Gewerkschaften sind immer mehr und mit Erfolg bestrebt, Einblicke zu gewinnen in die Triebfedern der kapitalistischen Produktion und in deren geheimste Schlupfwinkel hineinzuleuchten.

In dieser Beziehung verdient das soeben erschienene Jahrbuch 1925 des Deutschen Textilarbeiterverbandes besonders hervorgehoben zu werden. Es ist ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk nicht nur für die Tätigkeit der Gewerkschaft selbst, sondern für das Wirtschaftsjahr im allgemeinen und im besonderen für die Entwicklung und die Preisgestaltung der deutschen Textilindustrie. Eine große Anzahl von Graphiken unterstützen die Anschaulichkeit des Berichts. Es wird insbesondere die Verteuerung der Textilien in Deutschland durch die Kartellpolitik hervorgehoben, eine Verteuerung, die sich ganz erheblich über dem Preisniveau des Weltmarktes bewegt.

An diese Darstellung knüpft sich eine internationale Uebersicht der Bewegung der Textilarbeiter, die einen Einblick gewährt in die Gewerkschaftsbewegung der anderen Länder. Auch diese Darstellung ist als ein nicht zu unterschätzender Fortschritt zu begrüßen.

Die Mitgliederbewegung des Verbandes war auch im Jahre 1925 entsprechend der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung eine absteigende. Allerdings ist der Rückgang nur ein geringfügiger. Nach der stürmischen Entwicklung der Nachkriegszeit ist offenbar eine gewerkschaftliche Festigung eingetreten. Während am Schluß des 4. Quartals 1924 die Mitgliederzahl 326 342 betrug, ging sie am Ende des 4. Quartals 1925 auf 312 935 zurück. Dieser Rückgang kommt ausschließlich auf Rechnung des letzten Quartals, wo die Krise mit großer Schärfe einsetzte. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 323 190. Gegenüber der höchsten Mitgliederzahl der Vorkriegszeit von 141 484 bedeutet das eine Zunahme von mehr als 130 Proz.

Der Textilarbeiterverband gehört zu den Organisationen, bei denen die weiblichen Mitglieder die Zahl der männlichen ganz erheblich übersteigen. Am Schluß des 4. Quartals 1925 hatte der Verband 122 791 männliche und 190 144 weibliche Mitglieder. Schon diese Tatsache allein zeigt, daß der Deutsche Textilarbeiterverband unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hat, da die Frauen im allgemeinen viel schwerer für die Organisation zu gewinnen sind, diese vielfach irrtümlich noch als eine Durchgangsstation betrachten. Die statistische Aufnahme des Leiters der Mitglieder, getrennt nach Geschlechtern, zeigt, wie falsch diese Auffassung ist. Hervorzuheben ist dabei, daß nur rund 10 Proz. der Mitglieder seit 1915 und länger der Organisation angehören. Diese kurze Mitgliedsdauer ist im wesentlichen auf das überwiegende weibliche Element zurückzuführen.

Die Uebersicht über die finanziellen Verhältnisse der Organisation spiegeln gleichfalls das Ueberwiegen der weiblichen Mitglieder wieder. Pro Kopf der Mitglieder beträgt die Jahreseinnahme 1925 an Beiträgen 17,34 M. Diese Einnahme bleibt noch zurück hinter der von 1913, wo die Beitragsleistung 17,51 M. pro Kopf der Mitglieder betrug. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1925 beliefen sich auf 7 513 839,11 M. Die Ausgaben betrugen 6 691 242,83 M. Der Vermögensbestand erhöhte sich von 505 048 auf 1 147 644 M.

Wenn gegenüber dem völligen Vermögensschwund der Inflationsjahre ein rapider Aufstieg der Finanzen der Organisation festzustellen ist, so ist immerhin der gegenwärtige Vermögensstand noch durchaus unbefriedigend. Bemerkenswert ist die Verteilung der Ausgaben, insbesondere wenn man einen Vergleich zieht mit den Ausgaben der Vorkriegszeit. Hier tritt das erweiterte Aufgabengebiet der Organisation besonders stark in Erscheinung.

Am stärksten drückt sich die veränderte Machtposition des Textilarbeiterverbandes gegenüber der Vorkriegszeit in der Uebersicht über die geltenden Tarifverträge aus. Während am Schluß des Jahres 1913 insgesamt 171 Tarife in Kraft waren, die sich auf 511 Betriebe mit 13 067 Beschäftigten erstreckten, waren Ende 1925 152 Tarife in Kraft, die sich auf 11 615 Betriebe mit 8 028 Beschäftigten erstreckten. Während es also in der Vorkriegszeit der Organisation nicht gelungen war, die Arbeitsverhältnisse in nennenswertem Umfang tariflich festzulegen, ist heute der Tarifvertrag die Regel. An dem Rückgang der Anzahl der Tarifverträge bei einem gleichzeitigen Steigen der davon erfaßten Beschäftigten kommt die Konzentration der Textilindustrie zum Ausdruck.

An diesen statistischen Uebersichten sind eine Reihe ausgezeichnete Darstellungen und Berichte über das Arbeitsrecht und die Betriebsräte, über die Fragen, die insbesondere die weiblichen Mitglieder interessieren, sowie über die Arbeit unter den Jugendlichen angefügt. Alles in allem zeigt das Jahrbuch nicht nur eine innere Festigung der Organisation, sondern vor allem ein geistiges Fortschreiten, das mir besonders begrüßen.

Zum Bäckerstreik im Beamten-Wirtschafts-Verein.

Laut Bericht der „Wirtschaftsgenossenschaft“ über die Vereinstarsoverformung vom 5. Juli 1926 hat der Vorsitzende Döls versucht, die Streikenden in das schlechteste Licht zu setzen. Dazu waren ihm alle Mittel recht. Hauptfrage war es ihm, nach Möglichkeit den

Streikend hinzuzurechnen und alle Schuld den streikenden aufzubürden.

So verlockend es auch wäre, auf den ganzen Bericht einzugehen, müssen wir schon wegen Platzmangel darauf verzichten. Nur einige grobe Unwahrheiten sollen richtiggestellt werden.

Herr Döls behauptet, daß der Vorstand des BVB gewillt war, in der Frage des 1. Mai Zugeständnisse zu machen. Wörtlich heißt es da: „Wir haben ihnen angeboten, eine Uebernahme von 6 Mann zu stellen und ihnen gefügt, ihr braucht am 1. Mai nur bis 12 Uhr mittags zu arbeiten.“ Diese Behauptung des Herrn Döls entspricht nicht der Wahrheit. Der Vorstand des BVB hat zur Frage der Meisler keinen Vorschlag gemacht. Den Bäckern im BVB war nur der Ausspruch Thürnagels bekannt: „Die Bäcker erhalten am 1. Mai keinen Urlaub.“

Nach dem Bericht der „B.“ logte Döls: „In normaler Weise hätte über die Kündigung verhandelt werden müssen.“ Dazu ist zu bemerken: Die Gewerkschaft hat eine derartige Verhandlung in die Wege geleitet. Doch Herr Döls hat eine Zurücknahme der Kündigungen brüst abgelehnt. Mit der Doppelzüngigkeit scheint Herr Döls den Vorstand des BVB gemeint zu haben, der im Betrieb glaubte, die Arbeiter wie Sklaven behandeln zu müssen und seinen Mitgliedern gegenüber sich als humaner Arbeitgeber ausgibt.

Wundern muß man sich nur, daß Herr Döls es wagt, dem Vereinstar so viele albernen Märchen zu erzählen, zum Beispiel: „Wir können ja gar nicht baden, wenn das Mehl nicht gestiebt wird.“ Darauf hat ja der Badmeister Kuermann die Antwort gegeben. Kuermann jagte, dann müßten ja die Säcke vom Mehlboden heruntergetragen werden! Daß dieses tatsächlich passiert ist, hat Kuermann wohlweislich verschwiegen. Döls nennt nur einige interessante Zahlen. Im März wurden 178 000, im Juni 185 000 Brote gebacken. Herr Döls ist ein sehr vorsichtiger Mann. Er sagt „gebacken“, nicht „verkauft“. Das wäre nur ein Beweis dafür, daß die alten Bäcker nicht so viel Ausschuß backten als die neuen.

Der Badmeister hat ja nach dem Bericht der „B.“ verschiedenes zugegeben, was Döls abstreift. Wenn der Badmeister behauptet, veroberte Ware sei niemals verbraucht worden, so entspricht dies nicht der Wahrheit. Der Schreiber dieser Zeilen hat selbst den betreffenden Badmeister darauf aufmerksam gemacht, daß verschimmelte Butter verwendet wird und als Beweis ihm eine Schüssel solcher entgegengestellt. Die Behauptung des Herrn Döls, daß die alten Bäcker die Befestigung derartiger Uebelstände nicht verlangen haben, entspricht nicht der Wahrheit. Die Bäcker haben vielmehr oft von der Geschäftsleitung verlangt, daß solche und ähnliche Uebelstände beseitigt werden. Aber die frühere Belegschaft hat das Empfinden, daß dieses „Dreintreden in die Produktion“ mit ein Grund dafür war, um die freigewerkschaftlichen, fachlich tüchtigen Bäcker durch willigere Elemente zu ersetzen.

Der Konflikt bei Bolle.

Keine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts.

Wie wir bereits mitteilten, hatte die Meierei Bolle den am Freitag voriger Woche vom Schlichter gemachten Vergleichsvorschlag abgelehnt, durch den der Streit um die Feiertagsbezahlung, die Zahlung des Aufschlages für Arbeit an Wochenferientagen und die Lohnberechnung der Kautser endlich beigelegt werden sollte. Sie bestand weiter auf die Verbindlichkeitserklärung des am 5. Juli von der vereinbarten Schiedsstelle gefällten Schiedsspruches, der eine Verschlechterung gegenüber den früheren tariflichen Bestimmungen in diesen Fragen vorsah. Der Schlichter hat aber die von der Meierei Bolle beantragte Verbindlichkeitserklärung abgelehnt, mit der Begründung, daß dieser Schiedsspruch von keiner gesetzlichen Schlichtungsstelle gefällig sei, er ihn also auch nicht verbindlich erklären könne. Es handele sich in diesem Streitfall um die Auslegung des Tarifvertrages, worüber nur von einem ordentlichen Gericht entschieden werden könne. Es muß nunmehr die Entscheidung des Gerichts abgewartet werden.

Der Kampf im englischen Bergbau.

Ein Versuch der Arbeiterpartei?

London, 29. Juli. (B.T.B.) Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph meldet: Gestern abend in später Stunde hat der Vollzugsausschuß der parlamentarischen Arbeiterpartei den Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes für heute zu einer Konferenz im Unterhaus eingeladen. Man glaubt, daß dieser Schritt im Zusammenhang mit der für Freitag einberufenen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten und mit einem Versuch zur Friedensvermittlung steht.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cool sagte gestern abend in einer Rede: „Viele Leute glauben, der Bergwerksstreik sei zu Ende und die Bergleute hätten verloren. Diese Annahme ist nicht richtig. Wenn ich mich nicht irre, so werden die Bergarbeiterdelegierten am Freitag erklären, daß sie lieber die Gefängnisse und die Arbeitshäuser als die Friedhöfe füllen wollten. Wenn die Bergarbeiter den Kampf verlieren, so wird dies nur durch Hunger möglich sein. Aber es wird keinen dauernden Frieden geben, wenn eine Kapitulation erzwungen wird.“ Cool erklärte, er strebe nach einem Arbeitsabkommen, das den Bergleuten das Leben ermögliche, ohne daß sie alle 12 Monate um einen angemessenen Lohn kämpfen müßten. Es seien vier Leute nach Amerika gefandt worden, um Unterstützungsgelder zu sammeln, und andere Leute würden nach anderen Teilen der Welt zu dem gleichen Zweck gefandt werden. Cool betonte zum Schluß, solange die Licht-Stunden-Vorlage im Wege stehe, würden die Vertreter der Bergleute weder mit den Bergwerksbesitzern noch mit der Regierung verhandeln.

Rückgang der arbeitswilligen englischen Bergarbeiter.

London, 29. Juli. (B.T.B.) Die Zahl der arbeitswilligen Bergleute in Barmirshire ist gestern von 6000 auf 4700 gesunken.

Kongreß der rumänischen Gewerkschaften.

Die Einheitsfront marschiert.

Bukarest, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Generatrat der rumänischen Gewerkschaften hat beschlossen, vom 29. bis 30. August einen Generalkongreß nach Bukarest einzuberufen. Auf der Tagesordnung werden außer organisatorischen Fragen auch die Frage der Vereinigung mit den unitarischen (halb-kommunistischen) Gewerkschaften stehen.

Wirtschaft

Ausfall der Breslauer Herbstmesse. Der Aufsichtsrat der Breslauer Messe-Aktiengesellschaft hat beschlossen, die diesjährige Allgemeine Breslauer Herbstmesse trotz der zahlreichen Anmeldungen ausfallen und nur die Möbelmesse auf besonderen Wunsch der Interessenten dieser Gruppe stattfinden zu lassen. Entscheidend für diesen Beschluß war die Ermüdung, daß in Anbetracht der ungünstigen Wirtschaftslage und der geringen Aussicht auf Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges bis zur Herbstmesse ein Erfolg für die Mehrzahl der Geschäftszweige von der Veranstaltung nicht erwartet werden kann.

Interessengemeinschaft deutscher Kerzenfabriken. Fünf der bedeutendsten Stearin- und Kerzenfabriken Deutschlands haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, die der Vorläufer einer Fusion werden kann. Es handelt sich um die dem Scheidemann-Konzern nahestehende A. Motard u. Co. A.-G. Spandau, die zum Interessentkreis der Norddeutschen Bank gehörende Harmonia Stearin-Fabrik A.-G. Hamburg, die Steintiner Kerzen- und Seifenfabrik A.-G., die Dierbeck u. Sohn G. m. b. H. Reuß und die Fettsäure- und Stearinfabrik G. m. b. H. Mannheim. Unter dem Namen „Vereinigte Stearinwerke G. m. b. H.“ soll in Hamburg eine Konzerngesellschaft gegründet, deren Anteile (300 000 M.) von den genannten Fabriken übernommen werden. Beabsichtigt ist die Rationalisierung der Werke durch gemeinsame Bewertung der Produkte auf dem Markt, gemeinsamen Einkauf der Rohstoffe und Austausch der Fabrikationserfahrungen. Ob auch die Gewinne zusammengemerkert und gemeinsam verteilt werden, ist noch nicht bekannt. In der Stearin- und Kerzenindustrie wird die bisher schon sehr enge Verbindung durch den Zusammenschluß noch verstärkt. Bisher bestanden die Vereinigung deutscher Stearin- und Kerzenfabriken sowie die Einkaufs- und Verkaufsgesellschaft der vereinigten Firmen wird die neue Vereinigte Stearinwerke G. m. b. H. einen starken Einfluß ausüben.

Aus der Partei.

Die Parteimitglieder in Bulgarien.

Sofia, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Hoffnung, daß der am 7. und 8. März abgehaltene außerordentliche Kongreß der bulgarischen Sozialdemokratie die Luft in der Partei reinigen und die Bahn zu praktischer Arbeit ebnen würde, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr sind Assen Zankow und Dimo Walasow, die damals vom Parteitag ausgeschlossen wurden, jetzt durch Entscheidung des Zentralkomitees die bisherigen Genossen Dr. Dschidrow, Tschernostow und Dimitrow gefolgt.

Mit Dreiviertelmehrheit hatte der Kongreß die Einstellung des „Sozialistischen Bulletin“ und des „Rapred“ (Vorwärts) verlangt, die als Organe der Minderheit die Parteileitung und das offizielle Organ „Rarod“ (Wolk) leidenschaftlich bekämpften. Am 10. April war die Frist abgelaufen, die beiden Blättern gesetzt war. Wenn trotzdem „Rapred“ bis heute weiter erscheint und das „Sozialistische Bulletin“ sogar in eine Zeitung „Sozialdemokratie“ umgewandelt wurde, ohne daß das Zentralkomitee vor Juli zu ernstlichen Maßnahmen griff, beweist das wirklich die Langmut der obersten Parteinstanzen. In der Tat bekam Genosse Sakalow noch im März die Ermächtigung, mit der Minderheit zu verhandeln, und auch andere Genossen von Ansehen und Einfluß bemühten sich um einen friedlichen Ausgleich. Da die Kongreßbeschlüsse nicht umzusetzen waren, versuchte man, den Unzufriedenen hinter Dschidrow dadurch goldene Brücken zu bauen, daß man ihnen zwei freigewordene Sitze im Zentralkomitee anbot; der Genosse Tscheschmediew, der als „Linker“ ein besonderer Stein des Anstoßes für die Minderheit war, verpflichtete sich sogar, aus dem Zentralkomitee auszuscheiden, sobald den Beschlüssen des Kongresses Rechnung getragen sei. Gleichwohl kamen die Verhandlungen nicht recht vom Fleck, da die Minderheit drei statt zwei Sitze im Zentralkomitee verlangte, auf der Entfernung des Parteisekretärs bestand und dann wieder selbst der Einstellung des „Rapred“ widerstrebt. Schließlich schied doch eine Einigung möglich, aber sie zerfiel, weil die Minderheit bei ihrer Forderung von drei Vertretern im Parteivorstand beharrte und den „Rapred“ nicht binnen vierzehn Tagen, sondern erst in zwei Monaten eingehen lassen wollten. Darauf entschied das Zentralkomitee einmütig, auch mit den Stimmen solcher Genossen, die wie Sakalow und Bosweliew in ihren Veröhnungsbestrebungen stets bis zur äußersten Grenze gegangen waren, für den Ausschluß Dschidrows und der andern.

Scheint es sich bei diesem Konflikt zunächst um rein formale, um Disziplinfragen der Partei zu handeln, so brachen in Wahrheit tiefe innere Gegensätze in dem Streit aus. Die verschiedene politische und historische Haltung der Sozialdemokratie vom 9. Juni 1923, an dem der Bauernführer Stambuliski durch einen Staatsstreich meist reaktionärer Elemente gestürzt wurde, wirkt sich in diesen Zwistigkeiten aus. Denn während die überwiegende Mehrheit der Partei das „Regime des 9. Juni“ auch in seiner neuen Verkleidung Vaptschew als Faschismus heftig bekämpft, betrachtet es, gebannt durch den Haß gegen die Bauernpartei und Kommunisten, die Minderheit mit milderen Augen; der im März ausgeschlossene Kassafo war ja sogar Teilnehmer des Junipausches und von eigenen Gnaden Minister im Kabinett Zankow, bis ihn im Februar 1924 ein Entscheid des Parteikongresses zum Rücktritt zwang.

Zum Jubel der bürgerlichen Welt, die über die „Zerstückelung des Marxismus“ frohlockt, folgt dem Ausschluß Dschidrows eine Konferenz der „Minderheitler“ auf der von der Unzufriedenheit mehrere Organisationen, namentlich der von Philippopel und Barna, mit der Haltung des Zentralkomitees berichtet und die Gründung einer zweiten sozialistischen Partei in die Wege geleitet wurde. „Rarod“ hält diese Bestrebungen von vornherein für gescheitert, aber nützen werden sie der mehr denn je nötigen Geschlossenheit und Schlagkraft des bulgarischen Sozialismus sicherlich nicht.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Felix Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Revolution: Dr. John Schifano; Soziales und Sonstiges: Fritz Korbüß; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornäris-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornäris-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Danksagung.
Sagen hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Hausclub Rordhime ich mein herzlichen Dank und der W. W. der G. P. D. für die rege Beteiligung bei der Beibehaltung des G. P. D. Meisters.

Wilhelm Wendt
unsern besten Dank.
Die Frauencassen Hinterbliebenen

Korbmöbel
Große Auswahl! Billige Preise!
Peddigröhrisch von 3,75 M. an
Peddigröhrschese! von 7,50 M. an
Spezial-Korbmöbelhaus
Edmund Vos
Neukölln, Berliner Str. 14.
Anzahlung gestattet

TEPPICHE
Glatke & Königsfeld
Engros gegr. 1905 Export
Nur Potsdamer Str. 97, 1 Tr.
Kein Ladengeschäft

Einzelabgabe. * Billigste Listenpreise.
Im Hause der Commerc- und Privat-Bank.

Tapeten von 25, 30, 35 Pl. an
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 30 a
Ecke Elsasser Straße

BAD KUDOWA
Heilt Herz u. Nerven
Arterien-, Blut-, Nieren- u. Frauenkrankheiten

wirkte bei Erholungsbedürfnissen und Rekonvaleszenzen
Wunder

Denken von 5 Mark täglich an.

Drospede durch Reifebüros und Baderverwaltung.

Der gute Kapitän-Kaufabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 2861

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen